

## *Beschluss*

### *der Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates M-V vom 23.06.2016*

---

#### **Finanzierung Landesaktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt**

Die Delegiertenversammlung hat beschlossen:

1. Der Vorstand wird beauftragt, sich gegenüber der Landesregierung M-V für die Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Umsetzung des Landesaktionsplanes einzusetzen.
2. Die Frauenorganisationen von Parteien, die im Landesfrauenrat M-V organisiert sind, werden aufgefordert, sich innerhalb ihrer Parteien für die Umsetzung der Forderung zu engagieren, insbesondere im Rahmen der Landtagswahlen 2016 und einer Regierungsneubildung / Koalitionsverhandlungen nach der Wahl.

#### **Begründung:**

Im April 2016 hat die Landesregierung den 3. Landesaktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt in M-V veröffentlicht. Mit ihm hat die Landesregierung neue Schwerpunkte gesetzt, um bisher nicht erreichte Betroffenen Gruppen wie behinderte Menschen, Migrant\_innen sowie gewaltbetroffene Männer zu unterstützen. Dazu wurden zahlreiche Maßnahmen benannt, deren Umsetzung jedoch im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und Stellen erfolgen soll. Konkret wurden im Landeshaushalt 2016/2017 jedoch keine zusätzlichen Haushaltsmittel für den Landesaktionsplan eingestellt.

Grundsätzlich befürwortet der LFR M-V die Strategie der Landesregierung, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die Unterstützung von Betroffenen von häuslicher und sexualisierter Gewalt mittels eines Landesaktionsplanes systematisch zu verfolgen und weiterzuentwickeln. Bereits bei der Erarbeitung des "1. Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder" im Jahr 2001 hat der LFR M-V bzw. seine Mitgliedsorganisationen aktiv mitgewirkt, ebenso an seiner Fortschreibung im Jahr 2005. Von daher begrüßen wir die Weiterentwicklung des 2. Landesaktionsplanes, die aus Sicht der Praktikerinnen unseres Landesverbandes längst überfällig war.

Eine effektive Umsetzung des Landesaktionsplanes ist jedoch mit „Haushaltsneutralität“ unvereinbar. Deshalb fordern wir zusätzliche finanzielle Mittel für den Landesaktionsplan.